



Positionspapier Klimaschädliche Förderungen

Im österreichischen Haushalt klafft ein tiefes Loch. Während die Folgen der Klimakrise das Budget zusätzlich belasten, fließt explizit Geld in das Befeuern von Folgeschäden durch weitere Emissionen. Klimaschützende Förderungen werden hingegen aus dem Budget gestrichen.

Um ökonomische Stabilität zu garantieren, ist die Abschaffung bzw. Ökologisierung der klimaschädlichen Förderungen ein notwendiger Schritt. Die Regierung hat sich im Regierungsprogramm zur Ökologisierung der klimaschädlichen Förderungen bekannt sowie dies im nationalen Energie- und Klimaplan festgeschrieben. Durch das Unterzeichnen des COFFIS-Vertrags hätte Österreich bereits letzten Herbst einen Ausstiegsplan vorlegen sollen. Das kommende Doppelbudget ist die wichtigste und letzte Möglichkeit, eine umfassende Ökologisierung aller Subventionen effizient und sozial treffsicher umzusetzen, ohne Mehrkosten durch einen überstürzten Ausstieg oder den Ankauf von Zertifikaten zu riskieren.

Dienstwagenprivileg

Das aktuelle Steuersystem begünstigt fossile Dienstwagen strukturell – durch gedeckelte Sachbezugswerte und fehlende Berücksichtigung der tatsächlichen Nutzung. Dadurch werden große Fahrzeuge und hohe Fahrleistung systematisch gefördert. Sozial Schwächere und umweltbewusstes Verhalten ziehen den Kürzeren.

Was wir fordern:

- Kilometerabhängiger Sachbezug mit höheren Sätzen für Verbrenner (z. B. ~15 Cent/km) und Abschaffung der Deckelung.

Eine Reform würde mindestens 67.000 t CO₂ jährlich einsparen und rund 300 Mio. Euro Mehreinnahmen bringen.

Wegekostenrichtlinie

Österreich ist ein zentrales Transitland im europäischen Güterverkehr, besonders im Alpenraum. Die EU-Wegekostenrichtlinie ist ein Werkzeug der Kostenwahrheit, das die externen Kosten von CO₂, Lärm und Luftschadstoffen in die LKW-Maut miteinbezieht und somit die Belastung an der Bevölkerung teilweise abbildet. Jedoch wird der Rahmen der Wegekostenrichtlinie nicht ausreichend genutzt.

Was wir fordern:

- Das vollständige Ausschöpfen der Wegekostenrichtlinie durch LKW-Mautaufschläge.

Eine Erhöhung der LKW-Maut liefert Anreize für den Transport von Gütern über die Schiene und mindert die Transittlawine. Zusätzlich könnte es Österreich 650 Mio. Euro liefern.



Dieselprivileg

Österreich begünstigt Diesel weiterhin – durch einen Steuervorteil von rund 8,5 Cent pro Liter im Gegenzug zu Benzin. Das fördert Emissionen, Tanktourismus und verzögert die Verlagerung auf klimafreundliche Alternativen. Gleichzeitig zeigt jede Ölkrise erneut, wie teuer diese Abhängigkeit ist.

Was wir fordern:

- Eine gestaffelte Angleichung der Dieselbesteuerung an Benzin innerhalb von 3 Jahren.

Durch die Abschaffung könnten rund 648.000 t CO₂ jährlich eingespart und etwa 500 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen erzielt werden.

Flugticketabgabe

Der Flugverkehr bleibt trotz hoher Emissionen unterbepreist, insbesondere auf Kurzstrecken mit bestehenden Alternativen. Aktuell beträgt die Flugticketabgabe 12 Euro pro Passagier:in, bei Distanzen unter 350 km 30 Euro. Diese Ausgestaltung brachte 2024 rund 168 Mio. Euro ein, setzt aber kaum wirksame Lenkungsanreize und bleibt deutlich unter dem Niveau vergleichbarer Länder.

Was wir fordern:

- Anpassung der Flugticketabgabe an ein distanzgestaffeltes Modell nach deutschem Vorbild (z. B. ~30 € < 400 km, ~50 € 400–800 km, ~70 € > 800 km)
- Einführung einer “Privatjet-Solidaritätsabgabe” in Höhe von mindestens 5.000€ pro Flug. Diese bedeutet jährliche Mehreinnahmen von 75 Mio. Euro.

Diese Reformen würden den Steuerbeitrag auf rund 1,2 Mrd. Euro erhöhen und insbesondere auf Kurzstrecken echte Lenkungswirkung entfalten, wo Alternativen wie die Bahn verfügbar sind.

Stellplatzverpflichtung

Mindeststellplatzvorgaben in Bauordnungen zwingen weiterhin zum Bau von Parkplätzen – unabhängig von Bedarf oder öffentlicher Anbindung. Damit wird Autonutzung strukturell festgeschrieben und Wohnbau verteuert. Die Abschaffung hingegen ist eine sozial treffsichere Maßnahme, die zur besseren Leistbarkeit von Wohnraum beiträgt. Dabei senkt sie Infrastrukturkosten und entlastet die Umwelt, ohne dabei Mehrkosten für den Staat zu erzeugen.

Was wir fordern:

- Abschaffung von Mindeststellplatzverpflichtungen und Ersatz durch an den öffentlichen Verkehr gekoppelte Obergrenzen



Tiefgaragen-Stellplätze kosten etwa 20.000-50.000€ und machen damit 10-15% der gesamten Wohnbaukosten aus. Durch die Abschaffung der Stellplatzverpflichtung kommt es im Wohnbau zu einer erheblichen Kostenersparnis, was eine direkte Senkung der Mietkosten von Neubauten zur Folge hat.

Zusätzlich entsteht durch verpflichtende Stellplätze ein indirekter Anreiz zur PKW-Nutzung. Eine Abschaffung trägt zu einem langfristigen Lenkungseffekt hin zu umweltverträglicher und aktiver Mobilität bei.

Fazit/Schluss

Diese Reformen sind unmittelbar wirksam: Diesel- und Dienstwagenprivileg bringen zusammen rund 800 Mio. Euro jährlich und substanzielle Emissionsreduktionen. Sie garantieren dabei eine soziale Absicherung. Insgesamt können zentrale Reformen im Verkehrsbereich das Budget um über 1 Mrd. Euro entlasten und gleichzeitig Strafzahlungen von bis zu 4,7 Mrd. Euro vermeiden. Gleichzeitig zeigen volatile Ölpreise und geopolitische Krisen – zuletzt rund um den Iran –, wie teuer die Abhängigkeit von fossilen Energien bleibt. Ein früherer Ausstieg etwas aus dem Dieselprivileg hätte diese Risiken bereits reduziert – genau deshalb ist seine Abschaffung heute ein zentraler Schritt hin zu mehr Resilienz im Verkehrssektor.

Quellen:

BMLUK: https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:b2b701a8-63b2-4d5b-ab34-58a692b541d3/s_2022_klimakontraproduktive_subventionen_summary_70396.pdf

Wegekostenrichtlinie:

AK: <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Lkw-Transit-Entschaedigung>

VCÖ: https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-lkw-verkehr-auf-autobahnen-verursacht-durch-co2-laerm-und-abgase-jaehrlich-mehr-als-500-millionen-euro-an-kosten?page_n168=4

Flugabgabe: <https://news.momentum-institut.at/p/budgetwirksamer-klimaschutz-flugbesteuerung-bringt-j-hrlich-1-8-milliarden-euro>

Stellplatzverpflichtung: <https://vcoe.at/publikationen/vcoe-factsheets/detail/stellplatzvorgaben-umfassend-reformieren>